

KARIN GABBERT

Im Schatten des Präsidenten: Ecuador vor den Wahlen

Am kommenden Sonntag wählen die EcuadorianerInnen von den Gemeinden über das Parlament bis zum Präsidenten alle politischen Ämter. Zum ersten Mal dürfen auch 16jährige, Gefangene, Polizisten und Militärs und die EcuadorianerInnen im Ausland wählen. Nur eins scheint sicher: Dass der linke Präsident Rafael Correa weitere vier Jahre regieren wird. Er ist außerordentlich beliebt, hat die Armut verringert und sieht sich einer völlig orientierungslosen Opposition gegenüber. Doch die internationale Krise verstärkt die autoritären Tendenzen Correas. Von der versprochenen Partizipation seiner »Bürgerrevolution« ist nicht viel zu spüren. Er hat Gewerkschaften, Indigena- und Umweltbewegung gegen sich aufgebracht. Sie kritisieren vor allem sein traditionelles, extraktives Entwicklungsmodell. Welches politische Projekt Correa letzten Endes verfolgt wird sich mit der Entwicklung seines Wahlbündnisses Alianza País in den nächsten vier Jahren entscheiden.

Traditionelle Politiker und Parteien haben in Ecuador jedes Ansehen verloren. Mehr noch: Seit über zehn Jahren haben bei Wahlen nur noch KandidatInnen eine Chance, die sich von Politik und Parteien abgrenzen. So wollte 2006 der reichste Mann Ecuadors, Alvaro Noboa, Präsident werden. Siegesicher bezeichnete er sein Anwesen bereits als »weißes Haus Ecuadors«. Außerdem führte er den wohl teuersten Wahlkampf aller Zeiten. Dennoch unterlag er überraschend dem jungen linken Ökonomen Rafael Correa. Auch dieser war als Anti-Parteienkandidat angetreten – ohne eine Partei und somit ohne Kandidaten für das nationale Parlament. Correa trat sein Amt im Januar 2007 an. Mit ihm wählten die EcuadorianerInnen die wirtschaftliche und politisch-kulturelle Erneuerung.

Am 26. April 2009 treten Noboa und Correa wieder gegeneinander an. So wie weitere sechs KandidatInnen. Doch die Spielregeln haben sich geändert, seit Rafael Correa vor zwei Jahren das Amt antrat. Die im September 2008 per Plebiszit verabschiedete Verfassung legt fest: Privatvermögen darf nicht mehr im Wahlkampf eingesetzt werden. Diesmal rechnen alle mit einem Sieg Correas. Das ist eine Neuigkeit. Die EcuadorianerInnen können sich kaum erinnern, wann ein amtierender Präsident erneut zur Wahl angetreten ist. In den letzten zehn Jahren hat kein Präsident auch nur seine Amtszeit beendet. Alle wurden wegen Korruption, Unfähigkeit und Lügen aus dem Amt gejagt. Rafael Correa war unter anderem gegen dieses abgewirtschaftete politische System angetreten.

Seither hat er ein neues politisches System aufgebaut – und eine Bewegung (keine Partei): Alianza País. Auch wenn er genügend Sympathie besitzt, um wiedergewählt zu werden, bezieht sich diese Zustimmung in erster Linie auf ihn als Person. Eine neue politische Kultur der Bürgerbeteiligung hat er bisher nicht gefördert. Und auch sein politisches Projekt ist auch nach zwei Jahren schwer zu fassen. Er bezeichnet sich als links und sozialistisch, linke KritikerInnen – vor allem aus den sozialen Bewegungen – ordnen einen wachsenden Teil der Regierung sogar wieder in die neoliberale Ecke ein. Bei der Mammutwahl am Sonntag, den 26. April stehen 13 Parteien, knapp 40 politische Bewegungen und vier Vertretungen von EcuadorianerInnen im Ausland zur Wahl. Es ist der fünfte Urnengang seit Amtsantritt Correas, der damit die Umstrukturierung der politischen Landschaft des Landes abschließt.

Ein entscheidender Schritt in der institutionellen Neuordnung des Landes war die neue Verfassung. Im September 2008 bestätigten die EcuadorianerInnen die Verfassung mit großer Mehrheit. Diese legte auch eine Übergangsregelung und umfassende Neuwahlen fest. Am 26. April werden Präsident und Vizepräsident, nationale Abgeordnete, sowie Gemeindeparlamente und BürgermeisterInnen gewählt und somit das ganze politische System erneuert. Alle Umfragen gehen von einem Sieg Correas aus. Seine Sympathiewerte basieren in erster Linie auf seiner Sozialpolitik. (Ende März ergab eine

landesweite Umfrage: 8 Prozent der Bevölkerung bewertet seine Regierung als sehr gut, 60 Prozent als gut, 20 Prozent schlecht, 5 Prozent sehr schlecht, 7 Prozent ohne Meinung). Vor allem eine Art Sozialhilfe von 30 Dollar pro Monat erreicht ein Million arme Familien und macht ihr Leben erträglicher. Aber auch Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in Bildung und Gesundheit sind spürbar. Correa hat Armut verringert und Löhne erhöht. Dazu hat er den Einfluss des Staates gestärkt und ihn teilweise effizienter gestaltet. Dieses allerdings auch auf Kosten der Mitbestimmung, die im Falle von Indígena- und Frauenbewegung in den letzten 20 Jahren erkämpft worden war.

Wirtschaftskrise bringt Regierung in Bedrängnis

Doch die internationale Wirtschaftskrise hat die Möglichkeiten der Regierung verringert und bereits vorhandene politische Ausrichtungen der Regierung Correa verstärkt. Die gesunkenen Ölpreise bringen den Staat in Bedrängnis. Jeder Dollar weniger als die einkalkulierten 65 Dollar pro Barrel reduziert den Jahreshaushalt um etwa 80 Millionen Dollar. Auch die Rücküberweisungen der etwa zwei Millionen EcuadorianerInnen im Ausland haben sich dramatisch verringert. In den USA werden Latinos als erste entlassen und Spanien versucht die LateinamerikanerInnen zur Rückkehr zu bewegen, nachdem die Bauwirtschaft zusammengebrochen ist, in der beispielsweise viele Ecuadorianer beschäftigt waren. Die Rücküberweisungen sind seit 2000 die zweitgrößte Einnahme des Landes nach dem Öl. Sie gehen vor allem an arme Familien.

Auch die Exporteinnahmen haben sich durch die gesunkene internationale Nachfrage reduziert. Verschärfend kommt dazu, dass Ecuador im Jahr 2000 den Dollar als nationale Währung eingeführt hat. So muss die Regierung machtlos mit ansehen, wie Exporte teurer und Importe billiger werden. Das Fehlen einer eigenen Währung verhindert eine eigenständige Krisenpolitik durch den Druck von Geld, um den Preis von Importen oder Exporten über eine Abwertung der nationalen Währung zu steuern.

Vor den Wahlen musste der Präsident einen drastischen Einschnitt in der Sozialpolitik um jeden Preis vermeiden. So setzte er bei der Krisenbewältigung auf die UnternehmerInnen. Die Regierung einigte sich Ende 2008 mit den wichtigsten Importeuren des Landes darauf, für welche Produkte Importquoten festzulegen und für welche die Zölle anzuheben seien. Dies sei die einzige Steuermöglichkeit für ein Land ohne eigene Währung, erklärte Correa. Diese Maßnahmen betreffen 627 Importprodukte (insbesondere Kleidung, Schuhe etc.) und brachten Ecuador sowohl bei der Welthandelsorganisation als auch

der Andengemeinschaft in Schwierigkeiten. Es wird sich zeigen, ob die Regierung diese Maßnahmen auch nach den Wahlen aufrecht halten kann.

Der Schulterchluss des Präsidenten mit den nationalen Unternehmern wird in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen, als sein Konfrontationskurs gegenüber Banken und dem Finanzsektor. Diese hat er stärkeren Kontrollen unterworfen und greift sie öffentlich immer wieder scharf an.

Die Wirtschaftskrise hat die neue Allianz der Regierung mit den Unternehmern befördert. Ideologisch jedoch setzte Correa schon vorher auf ein »neodesarrollistisches« Entwicklungsmodell, also auf den Export von Naturressourcen auf den Weltmarkt gekoppelt an eine gerechtere Verteilung der Einnahmen über einen starken Staat. Dieses Modell findet offenbar viele AnhängerInnen. Allerdings haben sich auch viele von Correas ursprünglichen UnterstützerInnen und die sozialen Bewegungen von ihm abgewandt. Sie hatten mit seiner Wahl die Hoffnung eines radikalen Neuanfangs verbunden, der auch das traditionelle Wirtschaftsmodell in Frage stellte. Alternative Entwicklungswege wurden noch während der Verfassungsgebenden Versammlung leidenschaftlich diskutiert. Sie fanden auch Eingang in die Verfassung, die die Natur als Subjekt mit Rechten festlegt und das indigene Konzept des Sumak Kawsai oder »guten Lebens« (nicht zu verwechseln mit Wohlfahrt oder gar dolce vita) festschreibt. Dieses Konzept wird in der Verfassung gefüllt mit einer Reihe von sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Rechten. Es entwirft eine harmonische Beziehung zwischen Individuen, Kollektiven und Natur und setzt auf solidarische Wirtschaftsformen. Noch während der Verfassungsgebenden Versammlung wurde deutlich, dass der Präsident diese Richtung nur sehr eingeschränkt unterstützte. Indígenas und UmweltschützerInnen bezeichnet er wiederholt und gerne als »infantil«.

Streit über konträre Entwicklungsmodelle

Der Konflikt über konträre Entwicklungsmodelle brach besonders deutlich bei der Bergbaupolitik auf. Correa wirbt im Wahlkampf mit der Absicht, die Exporte von Erzen und Metallen in großem Maßstab auszubauen. Dass die Preise für Kupfer und andere Erze gerade auf einem Tiefpunkt angelegt sind, spielt dabei gar keine Rolle. In der Verfassungsgebenden Versammlung hatte Correa durchgesetzt, dass die international vorgeschriebenen Befragungen von AnwohnerInnen über Entwicklungsprojekte und Ausbeutung von unterirdischen Naturressourcen für die Regierung nicht bindend sind. Der endgültige Bruch mit der Indigenabewegung entstand durch ein neues Bergbaugesetz, das das Übergangspar-

lament, in dem Alianza País die Mehrheit hat, im Januar 2009 verabschiedete. Die Regierung möchte über dieses Gesetz ausländische Investoren für den Bergbau in traditionellen Indígena-Regionen gewinnen.

Am 20. Januar demonstrierten die größte soziale Bewegung Ecuadors, die Konföderation Indigener Nationen Ecuadors (CONAIE) und Umweltgruppen landesweit gegen das neue Gesetz, das ihrer Meinung nach wirtschaftliche Ausbeutung auf Kosten von indigenen Gemeinschaften und der Umwelt bedeutet. Daraufhin ließ Correa mit einem riesigen Polizeiaufgebot Straßenblockaden gewaltsam räumen. Eine solcherart repressive Konfrontation mit der Indigenabewegung hat sich keine der vorherigen Regierungen erlauben können. Als bekannt wurde, dass Rafael Correa Ende Januar auf dem Weltsozialforum in Belem/Brasilien, auftreten würde, richtete die ecuadorianische Indigenabewegung am 26. Januar sogar einen Brief an das Forum. Darin forderte sie, Correa zur persona non grata zu erklären und bezichtigte ihn des Rassismus und Autoritarismus.

Auch der Konflikt zwischen Regierung und Umweltbewegung hat konfrontative Züge angenommen. Anfang März wurde der Umweltorganisation Acción Ecológica – eine der wenigen, die sich grundsätzlich gegen jegliche In-Wert-Setzung des amazonischen Regenwalds ausspricht – die rechtliche Grundlage entzogen. Nach heftigen nationalen, lateinamerikanischen und internationalen Protesten bekam Acción Ecológica zwei Wochen später einen provisorischen Rechtstatus zurück, über den ein Gericht in zwei Monaten entscheiden wird.

Im aktuellen Wahlkampf formiert sich daher eine, wenn auch schwache und zersplitterte, linke Opposition gegen die Regierung. Gewerkschaften und soziale Bewegungen haben ihre Artikulationsmöglichkeiten durch die staatliche Umstrukturierung weitgehend verloren. Denn Correa setzt auf einen effizienten, starken Staat und hat dazu die in Ecuador traditionell starken korporativen Elemente abgeschafft. Das hat ihm durchaus Applaus in der Gesellschaft eingebracht, die der korrupten staatlichen Strukturen müde ist. Die Parteien waren schon vorher zusammengebrochen. Doch nun fehlen jegliche Repräsentationskanäle. Dadurch wird die Macht Correas als unumstrittene Führungsfigur immer größer. Gegen diese Machtkonzentration tritt beispielsweise die Linke Martha Roldós als Präsidentschaftskandidatin an, hat sich allerdings erst kurz zuvor dazu entschieden und besitzt ebenfalls keine solide Parteibasis. Die Umfragen sehen sie bei etwa sechs Prozent. Außerdem tritt noch Diego Delgado gegen Correa an. Er kritisiert den »verwaschenen Sozialismus des 21. Jahrhunderts« und reklamiert, der wahre Sozialist zu sein. Allerdings ist er aus der sozialistischen Partei ausgetreten und liegt bei ein bis zwei Prozent. Die der Indigenabewegung nahestehende Partei Pachakutik hat keinen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, sondern nur Kandidaten für das nationale Parla-

ment und für die Bürgermeisterposten. Und die Izquierda Democratica hat sich wie alle anderen traditionellen Parteien bis zur Bedeutungslosigkeit zerlegt.

Die atomisierte Rechte

Ein entscheidender Faktor für die unangefochtene Machtposition Correas ist die Rechte. Sie konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Ihre Parteien sind im Grunde implodiert. Alle Kandidaten geben sich als Caudillos aus und distanzieren sich von allem, was als traditionelle Partei gelten könnte. Die bisher stärkste rechte Partei Partido Social Cristiano konnte nicht mal einen eigenen Kandidaten aufstellen. So sind die beiden aussichtsreichsten Kandidaten gegen Correa ausgerechnet Alvaro Noboa, der mit seiner Frau als Vizepräsidentschaftskandidatin antritt (und in den Umfragen bei 12 Prozent liegt) und der ehemalige Präsident Lucio Gutierrez, ein nationalistischer Ex-Militär (16 Prozent). Gutierrez wurde 2005 mit einem Volksaufstand wegen Korruption aus dem Amt gejagt. Bei seinem Amtsantritt 2003 galt er noch als Linksnationalist und band die Indígena-Partei Pachakutik in die Regierung ein. Dann entpuppte er sich als autokratischer, korrupter Neoliberaler. Die Indigenabewegung hat sich bis heute nicht von dieser unglücklichen Regierungsbeteiligung erholt. Dennoch will die rechte Oligarchie bei der Wahl am kommenden Sonntag mehrheitlich für Lucio Gutierrez stimmen. Sie klammert sich an die verzweifelte Hoffnung, er könne am ehesten so nah an Correa herankommen, dass ein zweiter Wahlgang erforderlich wird. Diese Strategie beleuchtet ihren bedauernswerten Zustand und das Fehlen eines Kandidaten, der ihre Interessen vertreten würde (die neue Verfassung legt als Sieger einer Wahl denjenigen fest, der die absolute Mehrheit erreicht, oder über 40 Prozent, wenn der Vorsprung vor dem zweiten Kandidaten mehr als zehn Prozent beträgt. Ist das nicht der Fall, gibt es eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl).

Correa als Führungsperson hat ein großes Polster, das es ihm voraussichtlich ermöglicht, als erster Präsident seit 30 Jahren im ersten Wahlgang zu gewinnen. Ob seine Bewegung Alianza País jedoch die Mehrheit in der Nationalversammlung erhält, bleibt eine spannende Frage. Alianza País ist ein breites und sehr heterogenes Bündnis, das ideologisch von Mitte-Rechts bis weit nach Links reicht. Zusammengehalten wird es von oben, durch Correa. Er wird selbst von konservativen WählerInnen der armen Stadtviertel in Guayaquil gewählt, der größten Stadt des Landes, die bisher stets fest in der Hand der Rechten war und wo sein einziger ernstzunehmender Gegenspieler, Bürgermeister Jaime Nebot sitzt. Ende Januar 2009 führte Alianza País die größten internen Wahlen in der Geschichte des Landes durch: Es beteiligten sich

etwa 200.000 BürgerInnen an der Wahl von 14.000 KandidatInnen. Angesichts der Heterogenität des Bündnisses war das ein Risiko. Andererseits musste es auch irgendeinen Mechanismus geben, um einigermaßen geschlossene Wahllisten aufzustellen. Dabei ging es nur um die lokalen und regionalen KandidatInnen. Die nationale Liste wurde vom Politbüro festgelegt. Das Experiment ging ambivalent aus. Es zeigte die Zerstrittenheit der Bewegung: Am meisten Vorwürfe wegen Betruges gab es an der Küste. In Guayaquil wurde der Machtkampf zwischen pragmatischen Flügeln von Alianza País unter der Führung von Pierina Correa, der Schwester des Präsidenten und dem Flügel von Ricardo Patino mit linker, sozialistischer Herkunft deutlich. Insgesamt hat sich an der Küste eher ein pragmatischer Flügel durchgesetzt und im Hochland ein eher links stehender Flügel. Aus der Bewegung selbst wird eine programmatische Diskussion und der Aufbau einer Struktur verlangt. Allerdings ist es zweifelhaft, ob Correa dies auch so sieht, da er seine Machtposition eher mit einem losen Bündnis aufrechterhalten kann. Andererseits könnte es auch sein, dass er auf einen möglichst günstigen Ausgang der Wahlen wartet, um nach zwei Jahren Dauerwahlkampf die kommenden vier Jahre Amtszeit für einen Parteiaufbau zu nutzen.

Berichte aus Lateinamerika können Sie kostenlos unter folgendem Link abonnieren:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

rls standpunkte 2009

Standpunkte International 10/2009

ANGELIKA TIMM

Regierungsbildung in Israel: Bibi Netanjahus zweites »Kabinett der Falken«

Standpunkte International 9/2009

TORGE LÖDING

Guten Morgen, Zentralamerika!

Der historische Wahlsieg der FMLN in El Salvador wird in der Region gefeiert.

Standpunkte International 8/2009

ANGELA ISPHORDING

Wende in El Salvador?

Standpunkte International 7/2009

GERD-RÜDIGER

Südafrika 2009 – zwei Monate vor den Wahlen.

Standpunkte International 6/2009

ANGELIKA TIMM

Knessetwahlen 2009 – Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven.

Standpunkte International 5/2009

KATHRIN BUHL

Gemischte Bilanz des Weltsozialforums.

Standpunkte International 4/2009

GEROLD SCHMIDT

El Salvador: FMLN nach langem Marsch endlich an die Macht?

Standpunkte International 3/2009

ANGELIKA TIMM

Wo ist die israelische Linke?

Eine inner-israelische Momentaufnahme.

Standpunkte International 2/2009

PETER SCHÄFER

Blutige Nachrichten aus Gaza. Zunehmende Forderungen nach Verhandlungen mit Hamas und internationaler Untersuchung von Kriegsverbrechen.

Standpunkte International 1/2009

PETER SCHÄFER

Gaza: Waffenstillstand reicht nicht.

Standpunkte 3/2009

BERNARD SCHMID

Rechtsextreme proben wieder. Eintritt ins

Europäische Parlament – mit veränderter Taktik.

Standpunkte 2/2009

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – zwischen Markt und Staat. Ein Beitrag zur Überwindung von Hartz IV.

Standpunkte 1/2009

THOMAS LOHMEIER

Inhalt braucht Form. Partizipatorische Kampagnenführung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung.

Sämtliche Standpunkte sind zu finden unter:

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=10105>